

Klotzsche fordert dritte Offenlegung der Windpläne

FDP wirft CDU ein doppeltes Spiel vor

KREIS FULDA

FDP-Kreischef Mario Klotzsche nennt die Beratungen zum Regionalplan für die Ausweisung von Windkraftgebieten „eine Farce“. 32 000 Einwendungen seien hinweggewischt worden, „um das politische Zweiprozent-Ziel der schwarz-grünen Landesregierung durchzupeitschen.“

„Das Regierungspräsidium gaukelt den Menschen Bürgerbeteiligung vor, exekutiert in Wirklichkeit aber nur den Willen der Landesregierung. Deshalb werden so gut wie alle Einwendungen abgeschmettert, und seien sie naturschutzfachlich noch so gut durch Gutachten und Studien begründet“, beklagt der FDP-Kreischef.

Das zeige sich am besten am Beispiel Dammersbach. Hier habe das Unternehmen ABO Wind bereits Windkraftanlagen mit Genehmigung des Regierungspräsidiums gebaut. Eine Streichung der benachbarten, hochumstrittenen Flächen aus dem Regionalplan würde im Prinzip die eigene, kurz zuvor getroffene Geneh-

migungsentscheidung völlig konterkarieren“, erklärt Klotzsche. Der Liberale wirft der Union vor, sie spiele ein falsches Spiel: „In der Regionalversammlung haben die Unionsleute aus dem Kreis Fulda kurz vor Beratungsschluss die Streichung einzelner Flächen beantragt, wissend, dass sie keine Mehrheit haben. Im Kreistag und vor allem im Landtag, wo die CDU regiert, heben der Landtagsabgeordnete Walter Arnold und seine Mitstreiter aber stets fleißig ihre Hände, wenn die Windkraft weiter ausgebaut werden soll.“

„Land drückt aufs Tempo“

Die von der CDU beantragte Streichung der von der Flugsicherung betroffenen Flächen in einem Radius von 15 Kilometern um das Funkfeuer bei Großenlütder wäre problemlos durch eine Vorgabe aus Wiesbaden möglich gewesen, ist sich der FDP-Politiker sicher. „In Wahrheit aber kämpft die schwarz-grüne Landesregierung an allen Fronten dafür, Windkraftanlagen möglichst nahe an Funkradaranlagen stellen zu können und gibt viel Geld für Gutachten aus, um

die Deutsche Flugsicherung in ihrer harten Haltung umzustimmen.“

Landrat Bernd Woide stehe an der Spitze des Aufsichtsrats der Rhönenergie. Der Energieversorger sei einer der größten Windkraftinvestoren der Region. „Wenn es die CDU ehrlich meinen würde, müsste sie doch zuerst die eigenen Windkraftprojekte stoppen.“

Klotzsche abschließend: „Angesichts von 32 000 Einwendungen und neuen Diskussionen darüber, welche Flächen wirklich als Vorranggebiete geeignet sind, sollte auf jeden Fall eine dritte Offenlegung des Regionalplanes erfolgen. Es kann am Ende nicht von den Launen einzelner Abgeordneter der Regionalversammlung abhängen, ob naturschutzrechtlich begründete Einwendungen anerkannt werden oder nicht. Das hat mit einem fachlich soliden, rechtsstaatlich einwandfreien Verfahren nichts zu tun.“

Für den Fall, dass es keine erneute Offenlage gibt, hätten einige nordhessische Gemeinden, darunter Korbach und Willingen, bereits Klagen gegen den Regionalplan angekündigt. Nach Klotzsches Einschätzung würden dann die Gerichte den Regionalplan kassieren – wie bereits 2011. vn